

"Umstrittene Gehaltsanhebung in Krisenzeiten"

Badische Zeitung vom 12.04.2023 auf Seite 5

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

natürlich war der Sachverhalt, den die BZ in ihrem Artikel aufgegriffen hat, intern schon fast 1 ½ Jahre bekannt. Und hat auch bei uns Fragen aufgeworfen und Diskussionen erzeugt. Es ist ja kein alltäglicher Vorgang, dass es auf einmal für die gleiche Tätigkeit eine oder zwei oder gar drei Besoldungsgruppen mehr gibt.

Nun ist es an der Öffentlichkeit und ich fühle mich genötigt, mich dazu zu äußern.

Es fällt mir zugegeben schwer, sachlich zu bleiben. Ich will es versuchen: Es gab einen Auftrag an eine unabhängige Institution, die Angemessenheit der Bezahlung von Menschen in der obersten Leitungsebene des Erzbistums zu prüfen und zu bewerten. Dass es diesen Auftrag gab zeigt, dass es Menschen gibt oder gab, die sich nicht angemessen bezahlt fühlten. Das Ergebnis der Untersuchung hat das bestätigt, die Entlohnung wurde angepasst. Irgendwann wurde dann auch die Kirchensteuervertretung informiert. Sie spricht von einer „vorübergehenden Vertrauenskrise“, der Sprecher des Erzbistums von „Transparenz“. Da ist ein Widerspruch.

Offensichtlich war auch die Meinung in der betroffenen Führungsebene nicht einhellig. Nicht alle haben die höheren Entgelte in Anspruch genommen. Auch da ein interner Widerspruch?

Achtung: Wir in der KODA-Mitarbeitendenseite setzen uns für angemessene und gerechte Entlohnungen ein. Das gilt selbstverständlich für alle Ebenen und wir müssen uns hüten, Verantwortung klein zu reden oder Neiddebatten zu führen.

Dennoch bleiben Fragen und es bleibt ein sehr ungutes Gefühl: Wir sind in Krisenzeiten, die Kirche verliert zunehmend an Glaubwürdigkeit. Da helfen solche Vorgänge gar nichts. Wirkliche Transparenz hätte die Kirchensteuervertretung einbezogen vor der Beauftragung einer externen Institution und in die Ergebnisse der Bewertung.

Wenn für Verantwortung entsprechend entlohnt wird, dann muss auch gefragt werden dürfen, wie es sich auf Besoldungen auswirkt, wenn Verantwortung nur unzureichend übernommen wird. Im vorliegenden Fall handelt es sich zumeist um Beamtenbesoldungen, die unwiderruflich sind und bis zum Tod gelten und sogar die Familienangehörigen mit einbeziehen.

Ja, wir sind in Krisenzeiten. Da müssen Verantwortliche anders hinstehen, auf komplexe Zusammenhänge eingehen, mit großen Veränderungen umgehen, schwere Entscheidungen treffen. Und die Geschlossenheit mit den Mitarbeitenden suchen. Den Zusammenhalt stärken. Hat hier die Überlegung gefehlt, welche Wirkung der Vorgang auf die Beschäftigten hat?

Wir erwarten zu Recht Solidarität und gegenseitiges Einstehen füreinander. Unsere familienfreundlichen Regelungen belasten die Starken und stützen die Schwächeren. Dieser Blick muss das ganze „Unternehmen Erzbistum“ erfassen. Es reicht nicht, das nur bei den Beschäftigten und in der AVO zu verorten.

Bei den jüngsten Diskussionen im kleinen Kreis wurde mir auf die im Vergleich niedrigen Entgelte für die Angestellten im öffentlichen Dienst (und bei uns im Erzbistum) entgegnet, das sei der Preis für die sicheren Arbeitsplätze. Sind Arbeitsplätze für Beamte in diesen Rängen unsicher, dass es so einen Gehaltszuwachs braucht? Gilt nur in diesen „oberen Regionen“ eine Arbeitgeberkonkurrenz um „die besten Köpfe“?

Ein Teil der Begründung ist die Gewinnung von guten Führungskräften, die sonst „in die Wirtschaft“ gehen würden. Bringen wir in der KODA solch ein Argument wird uns entgegnet, wir machen keine Regelungen aufgrund des Arbeitsmarktes. Da scheint es Unterschiede zu geben.

Nein, der Vorgang an sich war nicht illegal. Es ist gut und richtig, Dinge zu prüfen und ordentliche Bewertungen zu machen. Darauf haben auch Führungskräfte Anspruch.

Das muss dann aber für alle gelten: Die Reinigungskraft, den Sachbearbeiter, den Mitarbeiter

im Pfarrsekretariat, die Mesnerin. Für die Angestellten kontrolliert und regelt das die KODA, als paritätisch besetztes Gremium, in dem sich keine Seite allein gegen die andere Seite durchsetzen kann. In dem wir uns an Vorgaben transparent orientieren.

Hier gab es aber wohl weder Kontrolle noch Mitbestimmung.

Wir werden in der KODA weiterhin Mitarbeiterinteressen vertreten und dafür kämpfen. Doch dabei sitzen wir Menschen gegenüber, die in einem anderen System unterwegs sind, in dem wir nicht mitbestimmen.

Da sind dann die Grenzen der berühmten „Dienstgemeinschaft“, in der wir eigentlich miteinander unterwegs sein sollen.

Schmerz, lass nach.

Ihr



Stephan Schwär,

Sprecher der Seite der Mitarbeitenden
in der Bistums-KODA